

Forum *Sozialpolitik*



CDA

Bezirksverband Koblenz-Montabaur

Gastbeiträge 2009

Inhalt

„Neue Werte - Ethik in der Wirtschaft“ Erwin Rüdell	3 - 6
„Das Europäische Sozialmodell - eine identitätsstiftendes Merkmal für Europäer“ Dr. Gabriele Stauner	7 - 8
„Die Pflegereform 2008 - Eine Bewertung“ Willi Zylajew	9 - 11
„Aufstieg durch Bildung“ Uwe Schummer	12 - 14
„Bischof Kettelers FERNE VISION - Neue Chancen für Mitarbeiterbeteiligung“ Dr. Regina Görner	15 - 17
„Damals war alles besser? - Zur Verklärung der SED-Diktatur“ Rainer Eppelmann	18 - 20

Impressum

Herausgeber: CDA-Bezirksverband Koblenz-Montabaur, Clemensstraße 18, 56068 Koblenz
V.i.S.d.P.: Ekkehard Gauglitz
Homepage: www.cda-bv-koblenz-montabaur.de
Veröffentlicht: 05/2010

„Neue Werte – Ethik in der Wirtschaft“

(von Erwin Rüdell, *Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Neuwied*)

Erzbischof Reinhard Marx hat es in seinem neuen Buch so ausgedrückt: „Eine an der Würde des Menschen ausgerichtete Soziale Marktwirtschaft ist das Modell der Zukunft.“

Individueller Egoismus - hat vor 250 Jahren Adam Smith, der Urvater der Marktwirtschaft - schon als Triebfeder der Wirtschaft ausgemacht, der aber Allen zum Nutzen sei.

Das kann man heute nicht mehr generell sagen. In Familienunternehmen noch am ehesten. Hier wird langfristig gedacht. Zur Erreichung eines langfristigen Ziels wird hier auch mal kurzfristig auf Rendite verzichtet und es wird auch an Mitarbeiter und die Heimatregion gedacht.

Anders in der „Deutschland AG“. Die „Deutschland AG“ hat nur noch die Maximierung des Unternehmensziels vor Augen. Höchstmögliche Aktienkurse und Dividenden. Ganz gleich wie. Shareholder-Value über alles. Immer kurzfristiger. Immer schneller. Höhere Renditen werden durch stagnierende Löhne, Mehrarbeit oder Entlassungen „erwirtschaftet“. Es mangelt in vielen Unternehmen oft an einer Kultur von Zivilcourage.

Hohe Managergehälter beruhigen das Gewissen. Losgelöst von Moral und Anstand werden Bestände herunterfahren, Personal entlassen und Prozesse optimiert. Der Standort Deutschland spielt keine Rolle, die Wall Street gibt die Richtung vor.

Das Ergebnis sehen wir heute. Die Unersättlichkeit und Gier hat uns in eine der größten Krisen der Nachkriegszeit getrieben.

Ich differenziere ausdrücklich zwischen den vielen mittelständischen Familienunternehmen und den großen Aktiengesellschaften.

Aber die Globalisierung macht den Betrieb grundsätzlich anonymer. Immer öfter steht nicht mehr das Familienunternehmen im Fordergrund, sondern anonymes und globalisierendes Kapital.

Und die Politik muss dann die auftretenden Probleme lösen. Zu Ludwig Ehrhards Zeiten war es für die Politik leicht, liberale Rahmenbedingungen zu schaffen. Damals galt: Geht es der Wirtschaft gut, geht es auch den Menschen gut.

Heute klagen immer mehr Menschen darüber: Je besser es der Wirtschaft geht, desto schlechter geht es mir. Problem ist, dass Qualifikation, Engagement, Leistung oder Eigeninitiative den Arbeitsplatz nicht mehr dauerhaft sichern.

Das Leben ist nicht mehr planbar. Die Deutschen haben das Vertrauen in einen zukunftsfähig machenden Wertekanon verloren. Wir leben in einer Zeit der Entsolidarisierung.

An die Stelle von Verlässlichkeit, Verantwortung, Anerkennung, Leistungsorientierung, Kompetenz oder Offenheit sind Zufall, Unzuverlässigkeit, Verantwortungsdelegation oder Tagesaktualität gestoßen.



Aber nur wenn der Bürger Vertrauen in Staat und Wirtschaft hat, ist er bereit gemeinsam den notwendigen Reformkurs mitzugehen und persönliche Interessen zugunsten allgemeiner Interessen hintanzustellen.

Ich bin Mitglied in den Sozialausschüssen der CDU, weil ich für das Miteinander in der Gesellschaft stehe. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen zusammenarbeiten. Sie haben unterschiedliche Aufgaben, aber gemeinsame Verantwortung.

Die Partnerschaft zwischen Wirtschaft, Staat und Bürgern existiert leider an vielen Stellen nicht mehr. Hier stehe ich an der Seite der CDA, um verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen.



Wir brauchen wieder einen gemeinsamen Wertekanon, einheitliches Problembewusstsein, gleiche Ziele, Werte und Ordnungssysteme, um alle Kräfte für eine Zukunftsfähigkeit zu bündeln.

Wir müssen Geben und Nehmen, Lasten und Verantwortung in die Waage bringen. Hierfür brauchen wir gegenseitiges Vertrauen.

Die Zukunft heißt Vertrauen in die Mitmenschen, die Politik und die Wirtschaft. Wir brauchen die Sicherheit des gegenseitigen Goodwill.

Die Politik ist gefordert, den Menschen Vision, Verlässlichkeit, Schutz und Perspektive zu geben.

Die Bilanz darf nicht wichtiger sein, als der Mitarbeiter. Darum ist gerade die Wirtschaft gefordert, für Beschäftigung, Selbstverwirklichung und wirtschaftlichem Auskommen zu sorgen.

Wir als CDU müssen die bürgerlichen Erwartungen in unsere Politik erkennbar aufnehmen.

Nach meiner Einschätzung geht es dabei um vier Kernerwartungen, die zu erfüllen sind:

1) „Leistung muss sich lohnen“

Diejenigen, die Vollzeit arbeiten, müssen von ihrem Einkommen auch leben können.

Unserem Anspruch, dass der, der arbeitet, mehr in der Tasche haben muss, als der, der nicht arbeitet, müssen wir auch Taten folgen lassen.

Aber vergessen wir nicht: Wir dürfen Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht gegeneinander ausspielen. Sie sind, ganz im Sinne Ludwig Erhards zwei Seiten der gleichen Medaille. Wer dies vergisst, kann keine Wahlen gewinnen.

Die beste Sozialpolitik ist eine weitere Steuersenkung. Wir müssen die Familien und Leistungsträger entlasten. Wir müssen die Lohnnebenkosten senken. Wir müssen Belastungen von den Leistungsträgern dieser Gesellschaft nehmen. Wir brauchen mehr Netto fürs Brutto. Das ist für uns soziale Politik.

2) „Die Angst vor Abstieg“

Die Union muss der in der Mitte der Gesellschaft vorhandenen Angst vor Abstieg mit einem wirtschafts- und sozialpolitischen Handlungskonzept begegnen.

Unsere Volkswirtschaft muss in den nächsten Jahren wieder wachsen. Wir brauchen in der Wirtschaft eine so hohe Wertschöpfung, dass auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten beides möglich ist: Faire Löhne für die arbeitende Bevölkerung und sichere Renten.

Leider funktioniert die Verbindung zwischen den wirtschaftlichen Globalisierungsgewinnen und der Teilhabe der Masse der Bevölkerung nicht mehr so wie in alten Zeiten. Wir brauchen aber beides - die wirtschaftliche Stärke und die Teilhabe.

Wenn wir Wahlen gewinnen wollen, müssen wir ein positives Verhältnis zum Globalisierungstrend vermitteln können. Wir können und wollen die Globalisierung nicht aufhalten.

Das wichtigste Ziel auf der Basis von Wachstum muss aber Teilhabe der Bevölkerung sein. Wir dürfen keinen zurücklassen.

Ludwig Erhard hat einmal gefordert: Wohlstand für alle! - Aber was empfinden die Menschen heute als Wohlstand?

Für viele ist es auch Sicherheit im Inneren - wie nach außen, ein guter Arbeitsplatz, verlässliche Sozialsysteme, und im übrigen Spaß, Ruhe, Muße, Familie, Freunde, eine intakte Umwelt und nicht zu viel Stress. Erst wenn das zu einer gewissen materiellen Grundausstattung hinzukommt, fühlen sich die Menschen wohlhabend.



Durch die Konzentrierung auf das Ökonomische wurden in den letzten Jahren andere Bereiche menschlicher Kultur vernachlässigt.

„Wenn das viele Licht, das uns heute umgibt, etwas weniger hell ist, können wir vielleicht auch wieder einmal Sterne sehen.“

3) „Freiheit“

Die Union muss den bürgerlichen Anspruch unterstützen, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Der Schlüssel hierfür ist eine gute Bildungspolitik.

Wer gut ausgebildet ist, braucht den Staat weniger. Der empfindet die Übernahme von Eigenverantwortung nicht automatisch als Zumutung.

4) „Moral“

Die Union muss deutlich machen, dass ihre Politik eine moralische Grundlage hat.

Anleger jubeln - Mitarbeiter zittern. Überschriften, die wir nur zu Gut kennen.

Qualifikation, Engagement, Leistung oder Eigeninitiative sind heute nicht mehr Garant für dauerhafte Arbeit.

Das darf nicht sein. Leistung muss sich lohnen. Nicht nur für Manager.

Wir brauchen ein wertegebundenes System, das die Gesellschaft zusammenhält. Wenn Menschen glauben, ohne moralische Bindung, ohne gesamtgesellschaftliches Verantwortungsgefühl Geschäfte machen zu können, dann ruinieren sie die Wirtschaft.

Da geht es nicht nur um das Ansehen der Unternehmen, sondern um das Funktionieren der gesamten Wirtschaft.

Das zeigt: Ohne Unternehmensethik können Geschäfte auf Dauer nicht gutgehen.



Eine Marktwirtschaft, die dem Menschen dienen soll, braucht moralische Prinzipien.

Ich bin ein Anhänger des Marktes, ich glaube, er ist allen anderen Systemen überlegen, er setzt Freiheit und Verantwortung voraus, schafft Kreativität, verlangt eine Dezentralisierung von Macht - aber der Markt bedarf der Ordnung. Das ist die Idee der Sozialen Marktwirtschaft.

Aber keine Ordnung kann ohne Moral bestehen. Ohne Moral ist alles nichts, aber

Moral ist natürlich nicht alles. Die CDU wird auch weiterhin für eine Kultur des Marktes eintreten.

Die Idee des Sozialismus und der Staatsgläubigkeit ist mit der DDR untergegangen. Die aktuelle Krise hat auch die Idee einer naiven Marktgläubigkeit zum Untergang gebracht.

Wir brauchen Maß und Mitte. Das erwartet die Bevölkerung und das ist auch eine Chance für die CDU.

Wir brauchen ein partnerschaftliches und vertrauensvolles Verhältnis zwischen Bürgern, Wirtschaft und Staat. Unsere Verpflichtung gilt dem Wohlergehen der Menschen.

Zur Person:

Erwin Rüdchel

Geboren am 21. Dezember 1955 in Bonn; katholisch; verheiratet, 2 Kinder.

Nach dem Abitur und dem Studium der Wirtschaftswissenschaften, das er als Diplom-Betriebswirt abschloss, sammelte er erste berufliche Erfahrungen als kaufmännischer Angestellter im Verlagswesen. Seit 1993 arbeitet er als Geschäftsführer und Mitgesellschafter einer Senioreneinrichtung in Bad Arolsen.

Seine politische Arbeit begann Erwin Rüdchel 1972 mit dem Eintritt in CDU und Junge Union. Von 1972 bis 1988 war er Mitglied im Vorstand des JU-Gemeindeverbandes Asbach, einige Jahre davon auch als Vorsitzender. Weiterhin engagierte er sich von 1975 bis 1981 als Vorsitzender der JU Windhagen.

Von 1980 bis 1988 war als Kreisvorsitzender der Jungen Union Neuwied sowie von 1982 bis 1992 stellvertretender CDU-Kreisvorsitzender. Von 1984 bis 1994 und seit 1999 fungiert er als Mitglied des Kreistags Neuwied. Hier ist er seit 2005 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Erwin Rüdchel ist seit 1988 Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes Windhagen. Von 1991 bis 1997 war er Mitglied im CDU-Bezirksvorstand Koblenz-Montabaur. Seit 2007 ist er Schatzmeister des CDU-Bezirksverbandes Koblenz-Montabaur.

Von 1997 bis 2001 und dann wieder von 2003 bis 2008 war er Mitglied im Landesvorstand seiner Partei in Rheinland-Pfalz. Seit 2008 ist er Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes in Neuwied. Von Januar bis Mai 1987 sowie vom 9. November 1998 bis zu seiner Wahl in den Deutschen Bundestag im Jahre 2009 war Erwin Rüdchel Mitglied des Landtags von Rheinland-Pfalz. Er bearbeitete in erster Linie sozial- und medienpolitische Themen.

(Quelle: Wikipedia)

Das Europäische Sozialmodell - ein identitätsstiftendes Merkmal für Europäer

(von Dr. Gabriele Stauner, *Landesvorsitzende der CSA*)

In Zeiten wie diesen ist es geboten, sich immer wieder vor Augen zu führen, dass es Eckpfeiler in unserem Gesellschaftssystem gibt, die unverrückbar bleiben müssen. Besonders wer an verantwortlicher Position in Politik und Wirtschaft steht, tut gut daran, sich seiner Wurzeln zu erinnern, damit diese im Alltagsgeschäft nicht aus dem Blick geraten.

Im Arbeitsleben haben diese Eckpfeiler - die Pfeiler einer christlichen Soziallehre - ihren Niederschlag im so genannten „Europäischen Sozialmodell“ gefunden.



Dazu zähle ich vor allem

- christliche Unternehmensverantwortung, in dem der Arbeitgeber eine soziale und gesellschaftliche Verantwortung für seine Mitarbeiter trägt;
- Anspruch auf gerechten Lohn, aus einem Vollzeitverhältnis, der es ermöglicht „seinen Mann“ zu ernähren;
- soziale Grundrechte, wie sie in der Grundrechtecharta des EU-Reformvertrags erhalten sind;
- Verbot jeglicher Diskriminierung
- Sicherung des Einzelnen durch Systeme der sozialen Sicherheit gegen Risiken des Lebens (Krankheit, Invalidität, Alter, Arbeitslosigkeit);

Das Europäische Sozialmodell macht den wesentlichen Unterschied zu den Volkswirtschaften in den USA und China aus. Sie sind für mich das Identitätsmerkmal der Europäer in der Zukunft, es ist identitätsstiftend für ein vereinigtes Europa. Emotionale Identität stiften nicht eine gemeinsame Währung, nicht der Grundsatz des Wettbewerbs und nicht mehr das Streben nach Frieden - sondern soziale Maximen. Der Mensch und nicht das Kapital müssen im Mittelpunkt stehen.

Wir haben in der Vergangenheit bereits einiges erreicht, aber es besteht kein Anlass, sich auf dem Erreichten auszuruhen. Wir befinden uns nicht auf einer „Insel der Glückseligkeit“, sondern stehen im Zeitalter der Globalisierung in einem knallharten Wettbewerb mit anderen Regionen der Erde, in denen neoliberale Grundsätze und ungezügelter Raubtierkapitalismus herrschen.

Wir werden uns demgegenüber nur behaupten können, wenn wir unser Sozialmodell, das in der Vergangenheit auch aus einer Krise zu einem beispiellosen Wohlstand der Menschen geführt hat, festschreiben und gemeinsam dafür einstehen. Unsere Aufgabe muss es demnach auch sein, das Europäische Sozialmodell nach außen hin selbstbewusst und standhaft zu vertreten. Es ist ein Programm für die Würde der Menschen. In diesem Sinne fordern wir eine „soziale Zählung“ der Globalisierung, denn für weitere Bisswunden ist kein Platz mehr. Die Wirtschaft muss menschengerecht ausgestaltet werden und nicht der Mensch



wirtschaftsgerecht! Dafür setzen wir gemeinsam unsere Kraft ein und dazu ist jeder verantwortungsbewusste Politiker gerade in Zeiten verpflichtet, in denen skrupellose Manager und unfähige Wirtschaftsführer die Zukunft der arbeitenden Bevölkerung in Wohlstand und Frieden verspielen!

Zur Person:

Dr. Gabriele Stauner

Geboren am 22. April 1948 in Wolfratshausen; katholisch; 1 Tochter.

Nach dem Schulbesuch erlangte Gabriele Stauner 1968 das Abitur in Bayern und begann im gleichen Jahr ein Sprachstudium in Paris und München, das sie 1972 erfolgreich mit den Dolmetscherdiplomen in englisch, französisch und russisch abgeschlossen hat. Gleichzeitig begann sie an der Ludwig-Maximilians-Universität München das Studium der Rechtswissenschaften und Slawistik. Im Jahr 1984 promovierte Gabriele Stauner dann zur Dr. jur. mit einer Dissertation zur französischen Unternehmensverfassung.

Von 1979 an war Gabriele Stauner für acht Jahre im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung tätig, bevor sie 1987 in den Auswärtigen Dienst bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Büro der Vereinten Nationen in Genf eintrat. 1991 kehrte sie als stellvertretende Leiterin der Europaabteilung in das Bayerische Staatsministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten nach München zurück. Von 1994 bis zu ihrem Einzug in das Europäische Parlament war Gabriele Stauner 5 Jahre lang Leiterin der Gruppe Protokoll und Konsulatswesen in der Bayerischen Staatskanzlei. Nachdem sie bei der Europawahl 2004 nur knapp den Wiedereinzug verfehlt hatte, arbeitete Gabriele Stauner zunächst als Rechtsanwältin, bevor sie 2005 Abteilungsleiterin im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen wurde. Diese Tätigkeit beendete sie durch den Wiedereinzug in das Europäische Parlament nach der Mandatsniederlegung von Joachim Wurmeling im Januar 2006. Im Jahre 2009 schied Gabriele Stauner als Abgeordnete aus dem Europaparlament aus.

Auf dem CSU-Parteitag am 28./29. September 2007 wurde Gabriele Stauner in den CSU-Parteivorstand gewählt.

Die CSA-Landesversammlung hat am 9. November 2008 Gabriele Stauner zur neuen CSA-Landesvorsitzenden gewählt. Sie trat die Nachfolge von Horst Seehofer an, der nach seiner Wahl zum CSU-Vorsitzenden nicht mehr antrat.

Mit der Europawahl am 07. Juni 2009 endete ihr Mandat im Europäischen Parlament.

(Quelle: Wikipedia)

Die Pflegereform 2008 – Eine Bewertung

(von Willi Zylajew, Mitglied des Deutschen Bundestages und Schatzmeister des CDA-Bundesvorstandes)



Was haben wir erreicht?

Mit dem Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (PfWG) hat der Bundestag in vielen Punkten positive Regelungen zur Fortentwicklung der pflegerischen Versorgung getroffen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich erfolgreich für die dringend erforderlichen Leistungsverbesserungen und die Verbesserungen der pflegerischen Infrastruktur eingesetzt. Durch die Anhebung des Beitragssatzes um 0,25 Prozentpunkte konnten z.B. die Pflegesätze angehoben und dynamisiert werden. Es wurde eine Pflegezeit von bis zu 6 Monaten eingeführt, die Begutachtungsfristen wurden verkürzt, Reha und Prävention gestärkt und noch vieles mehr.

Ein großer Streitpunkt während der Verhandlungen war das Thema Pflegestützpunkte. Während die SPD, allen voran Gesundheitsministerin Schmidt, eine flächendeckende Einführung neuer Stützpunkte durchsetzen wollte, setzte die Union auf den Fortbestand und die Ergänzung bewährter Strukturen (z.B. die BeKo's in Rheinland-Pfalz) und deren Ausbau. Der SPD-Vorschlag hätte zum Aufbau von mehr als 4.000 Pflegestützpunkten geführt, die bei Beschäftigung von drei bis vier kommunalen Mitarbeitern rund 800 Millionen Euro an Kosten verschlungen hätten. Eindeutig zu viel – vor allem, wenn man bedenkt, dass ein Gesamtbudget von etwa 2,5 Mrd. Euro zur Verfügung stand. Gute Pflege bedeutet in erster Linie die Erbringung von Pflegeleistungen für die Pflegebedürftigen und nicht die Finanzierung bürokratischer Strukturen. Dieses Verständnis spiegelt sich glücklicherweise auch im Gesetz wider. Jedes Bundesland darf nun eigenständig entscheiden, ob es Pflegestützpunkte einrichtet oder auf andere (bereits vorhandene) Strukturen zur Pflegeberatung setzt. Die Pflegekassen müssen die Pflegestützpunkte nach der Initiative des jeweiligen Landes wohnortnah und gut erreichbar einrichten. Aufsuchende Beratungshilfen machen mehr Sinn als Büro-Suiten. Das Gesetz stellt damit sicher, dass bewährte und gut funktionierende Strukturen nicht zerstört werden.

Leistungen für Demenzkranke – Der größte Erfolg

Demenzkranken werden erstmals in die Pflegeversicherungsleistungen einbezogen. Für Menschen „mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz“ werden Zusatzleistungen bis zu 2.400 Euro jährlich gewährt. Personen mit einem vergleichsweise geringeren allgemeinen Betreuungsaufwand erhalten den Grundbetrag von 100 Euro monatlich. Personen mit einem im Verhältnis dazu höheren allgemeinen Betreuungsbedarf bekommen den erhöhten Betrag von 200 Euro monatlich. Auch die stationäre Versorgung von demenziell erkrankten Menschen wird deutlich verbessert. Vollstationäre Dauer- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen haben erstmals einen Anspruch auf zusätzliches sozialversicherungspflichtig beschäftigtes Betreuungspersonal. Dafür stehen zusätzlich rund 200 Millionen Euro zur Verfügung. Eine entsprechende Richtlinie wurde rechtzeitig vom Gesundheitsministerium erlassen. Leider wurde diese nur sehr langsam in den Ländern umgesetzt. Das ist ein kleiner Wermutstropfen. Denn schließlich wurde mit dem PfWG ein *Rechtsanspruch* auf verbesserte

Betreuungsleistungen geschaffen, dessen Umsetzung oberstes Gebot sein muss. Mittlerweile gibt es in der Mehrzahl der Bundesländer die notwendigen Vereinbarungen zur Regelung der Finanzierung zusätzlicher Betreuungskräfte. So sind inzwischen weit über 3.000 Verträge über Vergütungszuschläge vereinbart worden. Seit Anfang 2009 wurden in großem Umfang Betreuungsassistenten eingestellt. Mittlerweile wurden etwa 5.000 Vollzeitstellen für zusätzliche Betreuungskräfte geschlossen. Durch den Einsatz von Teilzeitkräften haben weit über 5000 Personen eine neue berufliche Aufgabe gefunden. Entsprechend können schon etwa 125.000 Heimbewohner von zusätzlicher Betreuung profitieren, mit steigender Tendenz.



Welche Nachbesserungen sind nötig?

Zu meinem Bedauern wurde eine weitergehende Finanzreform der Pflegeversicherung nicht angegangen. Diese wird in der Gesundheits- und Pflegepolitik des zukünftigen Bundestags eine wichtige Rolle spielen. Mit der bloßen Erhöhung der Beiträge ist es aber nicht getan. Wir müssen langfristig und nachhaltig denken. Aber auch hier wird die Umsetzung wieder von den zukünftigen politischen Machtverhältnissen im Land abhängen. Ein weiterer Aspekt, der mit Aufmerksamkeit betrachtet werden muss, ist das Thema „neuer Pflegebegriff“. Der

Bundestag hat mit der Verabschiedung der Pflegereform einen Entschließungsantrag auf den Weg gebracht, der die Überarbeitung des Begriffes gefordert hat. Der Abschlussbericht des eingesetzten Expertenbeirates empfiehlt als Maßstab für Pflegebedürftigkeit zukünftig nicht mehr die für die Pflege aufgewendeten Verrichtungsminuten, sondern der Grad der Selbstständigkeit bei der Durchführung von Aktivitäten. Anstelle von drei Pflegestufen soll es zukünftig fünf Bedarfsgrade geben, die auch kognitive Defizite berücksichtigen. Der Grundstein für einen neuen Pflegebegriff ist damit gelegt. Dennoch ist eine allzu euphorische Bewertung an dieser Stelle noch nicht angebracht. Unzweifelhaft ist aber, dass in der nächsten Legislaturperiode, unabhängig von der Regierungskonstellation, die Neudefinition gesetzlich verankert und umgesetzt werden muss.

Außerdem ist nach meiner Auffassung eine Steigerung des gesellschaftlichen Ansehens der pflegerischen Versorgung notwendig und muss schnellstens auf den Weg gebracht werden. Hierzu ist ein Bündnis aller gesellschaftlich relevanten Kräfte notwendig. Es wäre wünschenswert, dass sich alle Institutionen der Branche, Verbände, Träger und Einrichtungen, Versicherungen, die Politik, die freie Wirtschaft sowie Bildungsinstitutionen, die Pflegewissenschaft und die Medien, sich für ein neues Verständnis von Pflege in Deutschland stark machen. Mit der Aufnahme



der Pflegebranche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz ist ein großer Schritt in Richtung leistungsgerechte Bezahlung und damit Aufwertung der Pflegeberufe in der Pflege unter Wahrung der Rechte der Kirchen gelungen. Verbesserungen und Ergänzungen wird es sicherlich noch geben. Bei der Umsetzung des Gesetzes muss den Pflegekassen genau auf die Finger geschaut werden, dass bei zukünftigen Pflegesatzverhandlungen nicht

ausschließlich der Mindestlohn zugrunde gelegt wird. Leider war es während der Reform zur Pflegeversicherung nicht möglich, Pflegekassen und überörtliche Sozialhilfeträger auf eine tarifliche Entlohnung bei den Pflegesatzverhandlungen zu verpflichten. Dies ist nun im zweiten Schritt gelungen. Es darf nicht sein, dass tariflich gut bezahlte Mitarbeiter der überörtlichen Sozialhilfeträger und der Pflegekassen, die beide mehr oder weniger von der Pflegeversicherung leben, die Entgelte der Pflegesätze unter eine tarifliche und damit auskömmliche Bezahlung drücken.

Zur Person:

Willi Zylajew

Geboren am 09. Januar 1950 in Köln; katholisch; verheiratet, 5 Kinder.

Nach dem Abschluss der Volksschule absolvierte Willi Zylajew von 1964 bis 1967 eine Lehre zum Mess- und Regelmechaniker und besuchte daneben von 1965 bis 1967 die Abend-Fachoberschule. Danach war er zunächst in seinem erlernten Beruf bei der Hoechst AG in Hürth-Knapsack tätig, bis er 1969 ein Studium der Sozialarbeit an der Fachhochschule Köln begann, welches er 1972 als Diplom-Sozialarbeiter (FH) beendete. Anschließend arbeitete er beim Deutschen Caritasverband im Rhein-Erft-Kreis, wo er 1974 Abteilungsleiter wurde und von 1990 bis 2002 schließlich stellvertretender Geschäftsführer war.

Willi Zylajew trat 1969 in die CDU ein. Er ist stellvertretender Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Rhein-Erft und gehört dem Landesvorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in Nordrhein-Westfalen an. Außerdem ist er seit 2005 als Bundesschatzmeister Mitglied im Bundesvorstand der CDA.

Willi Zylajew gehörte von 1975 bis 2003 dem Rat der Stadt Hürth an. Von 1979 bis 1984, 1989 bis 1995 sowie erneut seit 1999 war bzw. ist er auch Abgeordneter im Kreistag des Rhein-Erft-Kreises. Seit 1999 ist er dort auch Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion.

Von 1995 bis 2002 gehörte Willi Zylajew dem Landtag von Nordrhein-Westfalen an, wo er Sprecher der CDU-Landtagsfraktion für Migrationspolitik war.

Seit 2002 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages.

(Quelle: Wikipedia)



Aufstieg durch Bildung

(von Uwe Schummer, *Mitglied des Deutschen Bundestages und Vizevorsitzender der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe im Deutschen Bundestag*)

Lernen ist wie rudern gegen den Strom. Wer aufhört, der treibt unweigerlich zurück. Diese Erkenntnis prägt unser Leben. So begannen auch die christlich sozialen Arbeitervereine im 19. Jahrhundert als Bildungsvereine. Aus Bildung wurde Selbsthilfe und aus Selbsthilfe entstand die Mitbestimmung als politische Kraft.

Bildung schafft Beteiligungschancen, - für den Menschen, der seine berufliche Perspektive verbessert. Ohne berufliche Qualifikation steigt das Risiko, arbeitslos zu werden um das Dreifache. Bildung schafft aber auch Beteiligungschancen für

unser Land. Exportweltmeister kann nur bleiben, wer seine Potentiale nutzt. Keiner darf verloren gehen. So ist Bildung auch der Schlüssel für eine gute soziale und wirtschaftliche Zukunft.

Schon heute berechnet das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln den jährlichen **Auftragsverlust für unsere Betriebe mit 18,5 Mrd. Euro**, weil Stellen nicht besetzt werden, da qualifizierte Facharbeiter fehlen. Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und Wachstumsverluste auf der anderen Seite, diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen, wenn wir gestärkt aus der globalen Wirtschaftskrise herauskommen wollen.

Deutschland hatte 2007 fast 60.000 Patentanmeldungen. Damit sind wir Spitzenreiter in Europa und auf dem weltweit fünften Platz. 80 Prozent der Patente kommen von betrieblichen Mitarbeitern, 20 Prozent entwickelten Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Einzelerfinder. Betriebliche Innovation sichert die praktische Ausbildung nach Berufsbildern. Sie garantieren ein weitflächiges Bildungsangebot mit anschließender Spezialisierung.

Das Flaggschiff der Bildung ist die duale Ausbildung mit fast 1,5 Mio. Auszubildenden in 490.000 Betrieben. Der Kammerabschluss am Ende der Ausbildung ist eine zentrale Voraussetzung für die Fähigkeit zur Weiterbildung. Die Union brachte bereits 2005 einen Antrag zum Lebenslangen Lernen in den Deutschen Bundestag ein. Die Koalitionsvereinbarung knüpfte daran an. Die Aufstiegsfortbildung soll einen eigenen Stellenwert erhalten. Ein erster Erfolg ist, dass die Beteiligung der Erwerbstätigen an der Weiterbildung im letzten Jahr von 41 auf 43 Prozent gestiegen ist. Unser Ziel ist eine Weiterbildungsquote von **50 Prozent**.

Eine älter werdende Gesellschaft lebt von der Lust am Lernen. Heute geht sie mit zunehmendem Alter zurück. Wir wollen Anreize setzen, dass Lernen im Lebenslauf selbstverständlich wird. Nach einer Befragung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages zur Weiterbildung antworteten zwei Drittel der Befragten, sie lohne sich. 70 Prozent erhielten nach der Weiterbildung eine bessere Position, 61 Prozent ein höheres Gehalt. Für jeden Dritten verbesserte sich die Sicherheit des Arbeitsplatzes.

Mit neuen Instrumenten hat die Merkelregierung die Weiterbildung verbessert:

- Eine Bildungsprämie als **Direktzuschuss von 154 Euro** für Arbeitnehmer mit mittlerem und geringem Einkommen. Höhere Einkommen können Weiterbildungskosten über den **Pauschbetrag von 920 Euro** steuerlich absetzen. Es ist ein Start; nicht das Ziel. Wir wollen diese Förderung stärker ausbauen.
- Mit einer **Bildungsallianz** sollen die unterschiedlichen Bildungsprogramme von Bund, Ländern und Sozialpartner aufeinander abgestimmt werden. Wir brauchen bessere Übergänge vom Kindergarten in die allgemeine Bildung und von der allgemeinen Bildung zum Lebenslangen Lernen.
- Größte Hebelwirkung hat die Öffnung der **Vermögensbildung für das Bildungsparen**. Mit steuerlicher Prämie, Zinsen, Eigenanteil und Arbeitgeberanteil werden derzeit sieben Millionen Arbeitnehmer gefördert. Sie können ihre Guthaben flexibel für die Bildung nutzen. Der mögliche Förderkreis wurde auf 15 Millionen Arbeitnehmer erweitert.

Hinzu kommt die Erweiterung der Aufstiegsfortbildung für die Erziehungs- und Pflegeberufe. Das klassische Meister-Bafög wurde auch finanziell aufgewertet. Nach einem erfolgreichen Abschluss steigt der Zuschuss von einem Drittel auf fast 50 Prozent. Die bisher eigenständige Prüfungsphase wurde in die Förderung einbezogen.

Weiterbildungsdarlehen und **Zeitkonten**, die zeitverzinst für Familienphasen und für Qualifizierungszeiten genutzt werden können sind Instrumente, die besonders über die Tarifparteien organisiert werden können. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sollten sich weniger



als klassische Lohnmaschine und mehr als Innovationspartner verstehen. Mehr Qualifizierung sorgt für mehr Einkommen und eine längere Lebensleistung in der Erwerbstätigkeit. Dies verbessert dann auch die Rente.

Im Rahmen eines Europäischen Bildungsraumes entwickeln wir bis 2011 ein Bewertungsinstrument für Kompetenzen. Nicht, woher du kommst ist wichtig sondern was du kannst. Zwischen Portugal und Malta wollen wir ergebnisorientierte neue Maßstäbe setzen. Dazu müssen auch Bildungsgrenzen im eigenen Land überwunden werden. So wie der Meister oder Techniker in Europa mit dem akademischen Bachelor gleich gestellt wurde so wollen wir auch Übergänge zwischen der akademischen und der beruflichen Bildung ermöglichen. In den skandinavischen Ländern liegt die Quote der Studenten aus der beruflichen Praxis bei 35 Prozent, in Deutschland dümpelt sie bei fünf Prozent. Die gegenseitige Durchlässigkeit der Bildungssysteme muss ständiges Thema der Bildungsallianz sein.

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt: Es ist besser in Menschen zu investieren als an der Börse zu spekulieren. Der Mensch ist mehr wert als jedes Kapital. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Gesellschaft. Weg von der De-Qualifizierung der Menschen durch frühzeitige Verrentung, Entlassung und Billiglöhnen hin zu der Erkenntnis: Arbeitnehmer sind nicht nur Kostenfaktoren; sie sind Aktivposten unseres Landes.

Zur Person:

Uwe Schummer

Geboren am 14. November 1957 in Adelaide, Australien; katholisch.

Nach der Mittleren Reife 1976 absolvierte Uwe Schummer eine Lehre zum Kaufmann im Groß- und Außenhandel und leistete anschließend von 1979 bis 1980 seinen Wehrdienst bei der Sportförderkompanie in Warendorf ab. Nach dem Wehrdienst war Uwe Schummer ab 1980 als kaufmännischer Angestellter bei den Stadtwerken Willich tätig, bis er 1983 als Jugendbildungsreferent zur Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) wechselte. Von 1987 bis 1989 leitete er das Abgeordnetenbüro des damaligen Bundesarbeitsministers Norbert Blüm (CDU) und wurde 1989 Pressesprecher und stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Uwe Schummer war von 1996 bis 2002 schließlich Hauptgeschäftsführer der CDA und war ab 1998 auch Chefredakteur der von der CDA herausgegebenen Zeitung Soziale Ordnung.

Uwe Schummer trat 1974 in die CDU ein und ist stellvertretender Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Viersen. So war er von 1987 bis 1989 Bundesvorsitzender der CDA-Nachwuchsorganisation Junge Arbeitnehmerschaft. Uwe Schummer ist seit 2001 Vorsitzender des CDA-Bezirksverbandes Niederrhein und gehört seit 2003 als Beisitzer auch dem CDA-Bundesvorstand an.

Er ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages und ist hier seit 2005 einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Außerdem ist er Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für die berufliche Aus- und Weiterbildung.

(Quelle: Wikipedia)

Bischof Kettelers „ferne Vision“ - Neue Chancen für Mitarbeiterbeteiligung

(von Dr. Regina Görner, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, Mitglied des CDA-Bundesvorstandes sowie des CDU-Bundesvorstandes)



1864 hat sich der Mainzer Erzbischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler in seiner maßgeblichen Schrift „Die Arbeiterfrage und das Christentum“ kritisch mit den sogenannten „Produktivassoziationen“ auseinandergesetzt, bei denen „der Arbeiter ... zugleich Geschäftsunternehmer und Arbeiter“ ist „und daher einen doppelten Anteil an dem Einkommen“ habe, nämlich „den Arbeiterlohn und seinen Anteil an dem eigentlichen Geschäftsgewinne“. Bischof Ketteler kam zum Ergebnis, dass die Produktivassoziationen „eine herrliche Idee“ seien, „die unsere Teilnahme und Unterstützung in allerhöchstem Grade verdient“. Das Problem sei allerdings die „Beschaffung der nötigen Kapitalien“. Realisierungsmöglichkeiten sah er nur da, wo das Kapital „durch die Anstrengungen der Arbeiter selbst“ gebildet werde. Das werde ein mühseliger Prozess sein, der sich keinesfalls „wie auf einmal und plötzlich und überall verwirklichen werde“, aber er sehe „diese Verwirklichung wie von ferne und hoffe, dass die Fundamente hierzu von christlichen Seelen bald hier, bald dort in Angriff genommen werden.“ (W.E. von Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christentum, in: Texte zur katholischen Soziallehre II/1, hg. v. Bundesverband der KAB Deutschlands 1976, S. 116-217, hier: 202-204).

Allzu viele „christliche Seelen“, die die Fundamente hätten legen können, waren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht auszumachen. Aber seither war Mitarbeiterbeteiligung ein Thema der Christlich-Sozialen und ist es geblieben. Ketteler selbst hat den Gedanken, dass die Arbeitnehmer zugleich auch Eigentümer sein sollten, in seinem späteren Wirken wegen Aussichtslosigkeit letztlich nicht weiter vorangetrieben, aber vielleicht sind wir heute, am Beginn des 21. Jahrhunderts, seiner fernen Vision endlich näher gekommen.

Mitarbeiterbeteiligung ist mittlerweile wieder Thema, gerade jetzt in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Und längst geht es nicht mehr nur um ein bisschen Sparförderung für Arbeitnehmer und ihre Familien. Dass durch die „Anstrengungen der Arbeiter“ Kapital in den Unternehmen eingesetzt werden kann, ist heute keineswegs mehr die Ausnahme. Seit Jahren schon retten die Arbeitnehmer in vielen Betrieben ihre eigenen Arbeitsplätze, indem sie auf Lohnansprüche verzichten oder für das gleiche Geld länger arbeiten. Allein im Bereich der IG Metall wurden in den letzten Jahren im Rahmen des sogenannten „Pforzheim-Abkommens“ wenigstens 1500 solcher Verabredungen als Abweichungen von Tarifverträgen kodifiziert. Noch größer dürfte die Zahl tarifwidriger Lohnkürzungen sein.

Viele Milliarden Euro Kapital sind auf diese Weise von den Arbeitnehmern in die Unternehmen „investiert“ worden – Erträge haben sie davon allzu oft nicht davongetragen. Im besten Falle gab es Arbeitsplatzgarantien, Qualifikations- und Investitionszusagen, aber unsere Kolleginnen und Kollegen mussten allzu oft die Erfahrung machen, dass all ihre Bereitschaft, ihr Geld in ihre Firma zu stecken, nichts nützte – wenn ausländische Investoren Standorte geschlossen

haben, wenn das Unternehmen in Konkurs ging, war alles verloren. Da, wo es gut ging, wurden die Gewinne aus den Investitionen, die mit dem Verzicht der Arbeitnehmer erkaufte worden waren, allein dem Konto der Anteilseigner zugeschrieben. Die Arbeitnehmer gingen bis auf ganz wenige Ausnahmen leer aus.

Jetzt, in der Finanz- und Wirtschaftskrise heißt es wieder in vielen Unternehmen: „Die Beschäftigten müssen zurückstecken und auf Lohn verzichten, damit der Betrieb überleben kann“. Aber unsere Kollegen sind heute nicht mehr bereit dazu allein gegen die vage Zusage, dass es allen irgendwann einmal wieder besser gehen soll. Und warum sollte der Beitrag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eigentlich anders behandelt werden als eine Finanzspritze, die von einem auswärtigen Investor kommt?! Der riskiert womöglich sein Kapital, aber dafür bekommt er Erträge und Einfluss auf die Unternehmenspolitik, der ihm ermöglicht, selbst dazu beizutragen, dass er sein Geld am Ende mit Gewinn wiedersieht. Das und nichts anderes wollen die Kolleginnen und Kollegen bei Opel, Daimler oder Schaeffler heute auch.



Mitarbeiterbeteiligungsmodelle für krisengeschüttelte Unternehmen werden heute in vielen Metall- und Elektrounternehmen diskutiert. Das war vor einigen Jahren noch kaum vorstellbar. Investivlöhne als Bestandteil der regulären Lohnpolitik hat die IG Metall in der Vergangenheit immer abgelehnt. Und das nicht ohne Grund: Niemand erwartet, dass Investivlöhne das zur Verfügung stehende Verteilungsvolumen erhöhen würden; allenfalls die Aussicht auf hohe Renditen in erfolgreichen Phasen könnte einen Anreiz für die Beschäftigten liefern. Dafür müssten Arbeitnehmer aber

die Einschränkung ihrer Verfügungsmöglichkeiten über ihr Einkommen hin- und zusätzliche Risiken in Kauf nehmen. Aus Arbeitnehmersicht spricht deshalb für Investivlöhne in dieser Form nichts. Demgegenüber sind Gewinnbeteiligungen, die in Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen zugesagt sind, eindeutig die bessere Lösung.

Vor allem aber ergeben sich bei den bisher diskutierten Modellen für Investivlöhne keinerlei Einflussmöglichkeiten auf die Unternehmenspolitik. Genau das aber lehrt uns die Finanzkrise: Wir dürfen die Unternehmenspolitik nicht der Kapitaleseite überlassen. Bisher haben wir unseren Einfluss vor allem über die Mitbestimmung auszuüben gesucht; aber die Erfahrung gerade der letzten Monate zeigt, dass die vorhandenen Mitbestimmungsmöglichkeiten viel zu oft nicht ausreichen, dem fatalen Einfluss anonymer Finanzinvestoren etwas entgegen zu setzen. Bessere Mitbestimmungsregelungen sind deshalb ein vorrangiges Ziel für die Metallgewerkschaft in Deutschland.

Aber weil wir wissen, wie langwierig es sein wird, wirkliche Verbesserungen bei der Mitbestimmung zu erreichen, müssen kurz- bis mittelfristige Alternativen her: Wir wollen mitreden auf der Kapitaleseite, jedenfalls da, wo wir ohnehin unser Geld in die Rettung von Unternehmen stecken müssen. Nach den bisherigen Verfahren wäre dieses Kapital ohnehin verloren – das Risiko also maximal. Eine Mitarbeiterbeteiligung wäre demgegenüber immer das geringere Risiko und ein paar Chancen sind damit auch noch verbunden.

Bisher haben sich viele Arbeitgeber mit Händen und Füßen gegen den Gedanken gewehrt, ihre eigenen Arbeitnehmer könnten über Kapitalanteile Einfluss auf die Unternehmenspolitik erhalten. Das Geld wollte man zwar gern nehmen, aber keine Entscheidungskompetenzen dafür abgeben. Unter den Entwicklungen der letzten Jahre hat sich hier etwas geändert:

Unternehmensleitungen erkennen, dass es aus Sicht des Arbeitgebers viel besser sein kann, die Macht im Unternehmen mit den eigenen Arbeitnehmern zu teilen, als die Bedingungen externer Kapitalgeber akzeptieren zu müssen. Externe Investoren haben in aller Regel die kurzfristige Rendite, nicht aber den langfristigen Erfolg des Unternehmens im Sinn. Dafür gibt es mittlerweile zahllose Beispiele. Nicht nur mancher Mittelständler versteht inzwischen, dass die Interessenlagen seiner Beschäftigten seiner eigenen weitaus ähnlicher sind als die anonymer Finanzhaie und Bankenkonsortien. Deshalb entwickelt sich auch bei den Arbeitgebern eine ganz neue Diskussion zur Mitarbeiterbeteiligung, auch wenn die Vorturner der Wirtschaftsverbände das alles noch heftig bestreiten.

Vielleicht steht die „ferne“ Hoffnung Kettelers deshalb jetzt doch vor der Verwirklichung. Und damit könnte auch endlich das ethische Postulat der christlichen Soziallehre umgesetzt werden, das in der Vergangenheit so oft als utopisch belächelt wurde: dass jeder „aufgrund der eigenen Arbeit den vollen Anspruch hat, sich zugleich als Miteigentümer der großen Werkstätte zu betrachten, in der er gemeinsam mit anderen arbeitet.“, wie es Johannes Paul II. in seiner Enzyklika „Laborem exercens“ formuliert hat. Deshalb heißt es in Ziffer 281 des Kompendiums der Soziallehre der Kirche von 2004 auch unmissverständlich: „Das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital drückt sich auch in der Beteiligung der Arbeiter am Eigentum, an seiner Verwaltung und seinen Erträgen aus.“ Mitarbeiterbeteiligung und Mitbestimmung sind nämlich neben dem gerechten Lohn nach der christlichen Soziallehre unverzichtbare Bestandteile des Ertrages der menschlichen Arbeit. Vielleicht ist das die positive Seite der Krise: dass solche Wahrheiten endlich wieder gehört werden.

In diesem Zusammenhang stellt sich mir noch eine weitere Frage, die auch gegenwärtig wieder mehr an Bedeutung gewinnt: Wenn die Öffentliche Hand Firmen subventioniert, - sei es z.B. durch zur Verfügung Stellen von Grundstücken, durch Steuervorteile oder Projekt- oder Forschungsförderung -, wird damit bisher immer die Kapitalseite des Unternehmens entlastet. Was spricht eigentlich dagegen, diese Mittel den Beschäftigten des Unternehmens zur Verfügung zu stellen – natürlich gegen die Verpflichtung, sie langfristig im Unternehmen zu investieren? Es ist doch kein Naturgesetz, dass davon nur die Kapitalseite profitiert! Hier könnte der Staat einen Beitrag dazu leisten, dass Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand nicht nur auf wenige Ausnahmefälle beschränkt bleibt, in denen sich „aus den Anstrengungen der Arbeiter selbst“ heraus Beteiligungsabsprachen ergeben.

Zur Person:

Dr. Regina Görner

Geboren am 27. Mai 1950 in Trier.

Studium und akademische Karriere absolvierte sie an der Ruhr-Universität Bochum, wo sie 1984 mit einer Fallstudie zu Westfalen promovierte.

1985 bis 1988 war sie Persönliche Referentin der Bundesministerin und Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, 1989 wurde sie Bezirkssekretärin der ÖTV Hessen, von 1990 bis 1999 war sie geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DGB. Im Saarland war Regina Görner von 1999 bis 2004 Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales im ersten Kabinett von Peter Müller. Sie ist seit dem Jahre 2005 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Seit 1991 gehört sie dem CDA-Bundesvorstand an und seit dem Jahre 2000 ist sie Mitglied im CDU-Bundesvorstand.

(Quelle: Wikipedia)



„Damals war alles besser? – Zur Verklärung der SED-Diktatur“

(von Rainer Eppelmann, *Theologe und Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin*)

Vor wenigen Tagen feierten wir Deutschen den 20. Jahrestag des Mauerfalls. Allerorten und in allen Medien wurde an den wohl glücklichsten Tag in unserer Geschichte erinnert. In der Tat markierte der 9. November sicherlich den emotionalen Höhepunkt der Friedlichen Revolution vom Herbst 1989, in der sich die Bürgerinnen und Bürger der DDR die Freiheit erkämpften, den SED-Staat zu Fall brachten und den Weg zur Deutschen Einheit ebneten. Aber was war die DDR eigentlich für ein Staat, der damals vom Volk förmlich hinweggefegt wurde? Auch 20 Jahre nach der Friedlichen

Revolution ist die öffentliche Debatte um die Bewertung der DDR und ihrer Geschichte noch nicht beendet. Immer wieder sind die Stimmen von alten und neuen DDR-Bewunderern und –Apologeten zu hören, die das in ihren Augen verfälschte Geschichtsbild des untergegangenen Staates „gerade rücken“ wollen. Aus Ost wie West ist dabei oft der nur allzu vertraut klingenden Satz „Es war doch nicht alles schlecht!“ zu vernehmen, wenn von den Verhältnissen im SED-Staat die Rede ist. Und diese Äußerungen fallen zum Teil auf einen fruchtbaren Boden. Denn gerade in Zeiten von Wirtschaftskrise und sozialer Unsicherheit wird die Vergangenheit von vielen Menschen in ein mildes Licht getaucht, ja die Erinnerung an das Gewesene geradezu „weichgespült“. Nostalgie ist schließlich eine ganz normale menschliche Eigenschaft, für die wir alle empfänglich sind.

So denken viele Ostdeutsche nicht mehr an die Todesschüsse an der Mauer, die Angst vor der Stasi und die Bevormundung durch den Staat, sondern an die schönen Seiten ihrer eigenen Vergangenheit. Auch in der DDR hat man schließlich viel Freude haben können, man hat geheiratet, Feste gefeiert, Kinder großgezogen und schöne Urlaubszeiten an der Ostsee erlebt. Doch dies alles gab es nicht, *weil* wir Ostdeutschen von der SED regiert wurden, sondern *obwohl!* Es gab durchaus privates Glück, nicht aber politische Freiheit!

Gerade in Westdeutschland herrscht heute oftmals Unwissenheit über die DDR, manchmal gar gepaart mit sozialromantischer Verklärung der Verhältnisse hinter dem Eisernen Vorhang – die man selbst ja nie ertragen musste. Ein ebenfalls auf Unkenntnis basierendes, desorientiertes Bild der nachkommenden Generation in Ost wie West tut ihr übriges. Die zum Teil haarsträubenden Umfrageergebnisse zum DDR-Wissen unter Schülern, die vor einigen Monaten für viel Aufsehen gesorgt haben, bestätigen dies. Den Jugendlichen ist hierbei sicherlich kein Vorwurf zu machen: Der SED-Staat wird leider immer noch viel zu wenig oder manchmal gar nicht in der Schulunterricht thematisiert.



Die Folgen dieser Fehlentwicklung wiegen schwer. So erscheint die DDR plötzlich vielen Menschen aus Ost wie West als Sozialparadies mit Rundum-Versorgung und Vollbeschäftigung, ja sogar brummender Wirtschaft und sauberer Umwelt. Ein jeder hatte eine Arbeit und das Erziehungs- und das Gesundheitssystem waren vorbildlich, so hört man. Man kann diesem Phantom mit einer einfachen Frage begegnen: Warum sind die Bürger dieser vermeintlich besseren DDR denn vor 20 Jahren erst in Scharen davongelaufen und dann zu Hunderttausenden auf die Straße gegangen, um das Regime mit den Rufen „Wir sind das Volk!“ davonzujagen und diesen Staat abzuschaffen? Nur wer in Erinnerung gerufen oder überhaupt erst vermittelt bekommt, dass ein entscheidender Katalysator für die Friedliche Revolution eben die massenhafte Unzufriedenheit mit den miserablen Lebensumständen in der DDR, der allgegenwärtigen Lüge der SED sowie der Verlust jeglicher Hoffnung auf Besserung waren, nur der vermag derartiger Geschichtsklitterung überzeugend zu widersprechen. Dies ist umso notwendiger, als heute auch ein Entwicklung zu beobachten ist, die der nostalgischen Verklärung der Verhältnisse in der SED-Diktatur eine ganz neue Qualität verleiht. Gerade aus den Reihen ehemaliger SED-Funktionsträger oder Stasi-Mitarbeiter hört man immer öfter den Satz „Es war ja nicht alles schlecht“ auch dann, wenn von den politischen Verhältnissen in der DDR die Rede ist.



Pünktlich zum 20. Jubiläum der Friedlichen Revolution flammte in der Öffentlichkeit zudem eine merkwürdige Diskussion darüber auf, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei oder nicht. Auch hier hilft ein ungetrübter Blick auf die historische Wahrheit: Die DDR war ein Staat, in dem es weder eine Gewaltenteilung noch eine unabhängige Justiz gab; es bestanden



weder unabhängige Parteien, noch gab es freie Wahlen; es existierten weder die Freiheit zu Reisen oder sich zu Versammeln noch eine Meinungs- und Pressefreiheit. Andersdenkende wurden vom SED-Staat systematisch unterdrückt oder eingesperrt, die Bürger- und Menschenrechte mit Füßen getreten. Dieser Staat hat seine 17 Millionen Bürger eingemauert und auf Flüchtlinge schießen lassen wie auf Hasen. Dieser Staat war damit nichts weniger als eine *Diktatur*.

Die Hunderttausenden mutigen Demonstranten vom Herbst 1989 hatten jedenfalls keinerlei Zweifel daran, was Recht und was Unrecht ist. Ich plädiere deshalb ausdrücklich dafür, die Erinnerung an die Friedliche Revolution von 1989 auch als Ausgangspunkt für eine Auseinandersetzung mit der gesamten Geschichte der DDR und ihrer diktatorischen Verfasstheit zu benutzen. Denn die kontinuierliche Auseinandersetzung damit, was Demokratie und was Diktatur ausmacht, ist und bleibt für die ganze Gesellschaft

von immenser Bedeutung. Freiheit und Demokratie sind schließlich keine Selbstverständlichkeit, sondern hart und mit großer Leidenschaft errungen worden.

Nur wer versteht, warum und unter welchen Bedingungen die Menschen vor 20 Jahren auf die Straßen der DDR gingen, um sich mutig Demokratie und Freiheit zu erkämpfen, der vermag den Wert dieser Errungenschaften auch heute noch zu schätzen und an die folgenden Generationen weiterzuvermitteln. Und nur wer weiß, aufgrund welcher Missstände das Regime von seinen einstigen Untergebenen gestürzt wurde, der wird auch heute nicht in Versuchung geraten, sein persönliches Bild von der SED-Diktatur in ein verklärendes Licht zu tauchen.

Zur Person:

Rainer Eppelmann

Geboren am 12. Februar 1943 in Berlin; evangelisch; verheiratet, 5 Kinder.

Er besuchte ein Gymnasium im Westen Berlins; musste mit der 11. Klasse wegen des Mauerbaus den Schulbesuch abbrechen. Wegen Nicht-Mitgliedschaft in der FDJ war es ihm in der DDR nicht möglich, Abitur zu machen. Deshalb konnte er seinen damaligen Berufswunsch, Architekt zu werden, nicht verwirklichen. Er arbeitete zunächst als Dachdeckergehilfe, bevor er 1962 bis 1965 eine Facharbeiterausbildung als Maurer absolvierte. Rainer Eppelmann verweigerte 1966 den Dienst an der Waffe in der NVA sowie die Ablegung des Fahneeneides. Wegen Befehlsverweigerung wurde er daraufhin zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Rainer Eppelmann studierte Theologie an der Berliner Theologischen Fachschule Paulinum und beendete 1974 das Studium mit dem ersten und zweiten Examen. Die Ordination folgte 1975. Von 1974 bis 1989 war er zunächst Hilfsprediger, dann Pfarrer in der Berliner Samariterkirchengemeinde im Ostberliner Bezirk Friedrichshain und gleichzeitig Kreis-Jugendpfarrer in Friedrichshain.

Rainer Eppelmann engagierte sich in der DDR-Opposition. In den achtziger Jahren kümmerte er sich um unangepasste Jugendliche; aus der ganzen DDR strömten sie zu seinen legendären Bluesmessen in der Ostberliner Samaritergemeinde. Zum Teil geheim, teilweise für den „innerkirchlichen Gebrauch“ genehmigt, wurden innerhalb der Oppositionsgruppen der DDR Zeitschriften und Texte, die der Arbeitskreis Information unter Leitung von Thomas Welz und Rainer Eppelmann herausgegeben hatte, verbreitet. Im Februar 1982 riefen er und Robert Havemann im Berliner Appell zur Abrüstung in Ost und West auf.

Er war Gründungsmitglied und später Vorsitzender des Demokratischen Aufbruchs (DA), der aber bei den ersten freien Wahlen in der DDR im Frühjahr 1990 durch die Enthüllung der Stasi-Tätigkeit des Vorsitzenden Wolfgang Schnur bedeutungslos blieb. 1990 war Rainer Eppelmann auch Mitglied des zentralen Runden Tisches. Vom 18. März bis zu deren Auflösung am 2. Oktober 1990 war er Mitglied der Volkskammer der DDR, Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett von Hans Modrow und dann Minister für Abrüstung und Verteidigung im Kabinett von Lothar de Maizière. Mit der Fusion des DA mit der CDU im August 1990 wurde er Mitglied der CDU. Außerdem wurde er Mitglied in der CDA (Arbeitnehmerflügel der Union). Von 1994 bis 2001 war er Bundesvorsitzender der CDA Deutschlands.

Von der ersten gesamtdeutschen Wahl am 2. Dezember 1990 an war Rainer Eppelmann Mitglied des Deutschen Bundestages und blieb dies bis zur Bundestagswahl 2005, bei der er nicht mehr kandidierte. Im Bundestag war er Vorsitzender der beiden Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur. Seit ihrer Gründung 1998 ist er ehrenamtlicher Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Von 1995 bis 2002 war Rainer Eppelmann Mitglied des Bundesvorstandes der CDU; von 1996 bis 2000 gehörte er dem Präsidium der CDU an.

(Quelle: Wikipedia)

Bisher erschienen:

Gastbeiträge 2007

von Karl-Josef Laumann
Dr. Norbert Blüm
Dr. Heiner Geißler
Horst Seehofer

Gastbeiträge 2008

von Prof. Dr. Maria Böhmer
Dr. Jürgen Rüttgers
Dr. Ursula von der Leyen
Ingrid Sehrbrock
Christian Baldauf
Ronald Pofalla
Gerald Weiß
Peter Müller
Peter Weiß